N i e d e r s c h r i f t

über die XX. Sitzung

des Haupt- und Finanzausschusses der Verbandsgemeinde
Eisenberg
am Mittwoch, den 15.08.2018

in den Sitzungssaal des Rathauses

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: Uhr

Die schriftliche Einladung der Ratsmitglieder erfolgte am xx.xx.xxxx. Die ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Sitzung mit Angabe der Tagesordnungspunkte erfolgte in der Ausgabe vom xx.xx.xxxx des Amtsblattes der Verbandsgemeinde Eisenberg „Treffpunkt“.

Anwesend waren

Anzahl der Ratsmitglieder:	XX
Zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen:	XX
Anwesend waren:	XX
Nicht anwesend waren:	XX

Anwesend:

Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg

Vorsitzende/r

Herr Bernd Frey

SPD-Fraktion

Herr Hans-Dieter Hild

Herr Klaus Rech

CDU-Fraktion

Herr Georg Grünewald

FWG-Fraktion

Herr Arnold Guderian

Bündnis 90/Grüne

Herr Heiko Geil

Beigeordnete/r

Herr Markus Fichter

Herr Detlef Osterheld

Herr Reinhard Wohnsiedler

von der Verwaltung

Herr Lothar Görg

Frau Heike Sattler
Herr Helmut Zurowski

-
Frau Enya Eisenbarth
Frau Diana Philippi

Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg

Vorsitzende/r

Herr Bernd Frey

SPD-Fraktion

Herr Helmut Pätzold
Herr Wolfgang Schwalb
Herr Klaus Wohnsiedler

CDU-Fraktion

Herr Georg Grünewald

FWG-Fraktion

Herr Uwe Kistner
Herr Detlef Osterheld
Herr Arnold Ruster

Bündnis 90/Grüne

Herr Dr. Ernst Groskurt

Beigeordnete/r

Herr Markus Fichter

von der Verwaltung

Herr Helmut Zurowski

Beigeordnete/r

Herr Reinhard Wohnsiedler

von der Verwaltung

Frau Heike Sattler

-
Frau Enya Eisenbarth

Abwesend:

Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg

SPD-Fraktion

Herr Christian Frey
Herr Hans-Jürgen Günther
Frau Sissi Lattauer
Herr Alfred Wöllner

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Steitz

FWG-Fraktion

Herr Erwin Knoth
Herr Donald Siebecker
Herr Ertan Yorulmaz

von der Verwaltung

Herr Sascha Heidenreich

Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg

SPD-Fraktion

Herr Ender Önder

CDU-Fraktion

Herr Klaus Groß

von der Verwaltung

Herr Stefan Lorentz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Spendenangelegenheit
- Aktion Lesesommer der Bücherei der Verbandsgemeinde Eisenberg
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg
2. Grundsatzbeschluss zum Beitritt zur Kommunalen Holzverkaufsorganisation
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg
3. Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung
 - a) Antrag auf Übertragung der Zuständigkeit der innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung
 - b) Überörtliche Aufgabenwahrnehmung für die Kooperationsverbandsgemeinden
 - c) Beschlussfassung über öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) und den Kooperationsverbandsgemeinden
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg
4. Fenstererneuerung Grundschule Eisenberg
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg
5. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz)
 - a. Beschluss über die im Offenlegungsverfahren eingegangenen Anregungen
 - b. Beschluss des Planentwurfes als edngültige Fassung (Feststellungsbeschluss)
 - c. Auftrag an Verwaltung zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens
**Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg,
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg**
6. 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes (ROP) IV Westpfalz
Anhörung der Gemeinden
**Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg,
Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg**
7. Auftragsvergabe Kanalsanierung Bürgermeister-Diehl-Straße, Eisenberg
Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg
8. Verschiedenes
**Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde EisenbergBau-
und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und
Finanzausschuss der Verbandsgemeinde EisenbergBau- und Um-**

**weltausschuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und Finanz-
ausschuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und Finanzaus-
schuss der Verbandsgemeinde EisenbergBau- und Umweltaus-
schuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und Finanzaus-
schuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und Finanzaus-
schuss der Verbandsgemeinde EisenbergHaupt- und Finanzaus-
schuss der Verbandsgemeinde EisenbergBau- und Umweltaus-
schuss der Verbandsgemeinde Eisenberg, Haupt- und Finanzaus-
schuss der Verbandsgemeinde Eisenberg**

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bernd Frey, eröffnet um 18:30 Uhr die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Bau- und Umweltausschusses der Verbandsgemeinde Eisenberg und stellt fest:

- a) Die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung der Ratsmitglieder.
- b) Dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig versammelt ist.
Die Beschlussfähigkeit war während der ganzen Sitzung gegeben.
Dass der Bau- und Umweltausschuss nicht beschlussfähig versammelt ist.
- c) Die Tagesordnung wird einstimmig um folgende Punkte ergänzt:
TOP 7: Auftragsverabe Kanalsanierung Bürgermeister-Diehl-Straße, Eisenberg.

1	Spendenangelegenheit - Aktion Lesesommer der Bücherei der Verbandsgemeinde Eisenberg
----------	---

Der Verwaltung liegen für die Aktion Lesesommer der Bücherei der Verbandsgemeinde Eisenberg mehrere Geldspenden vor:

Zuwendungsgeber	Höhe der Zuwendung	Art der Zuwendung	dienstl./geschäftl. Beziehung
jur. Person	500,00 €	Geldspende	Ja – Lieferant, Dienstleister
jur. Person	100,00 €	Geldspende	Ja - Vertragspartner
jur. Person	100,00 €	Geldspende	Ja – Hausbank, Darlehensgeber
jur. Person	100,00 €	Geldspende	Nein
jur. Person	200,00 €	Geldspende	Ja – Lieferant, Vertragspartner
jur. Person	100,00 €	Geldspende	Ja - Lieferant
jur. Person	50,00 €	Geldspende	Nur zur Info – Beträge unter 100,00 € sind nicht zustimmungspflichtig
jur. Person	500,00 €	Geldspende	Ja - Lieferant

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat einstimmig, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, die Spenden anzunehmen.

2 Grundsatzbeschluss zum Beitritt zur Kommunalen Holzverkaufsorganisation

Aufgrund des Kartellrechtsstreites des Landes Baden-Württemberg hat das Land Rheinland-Pfalz das Landeswaldgesetz dahingehend geändert, dass die Holzvermarktung aus dem Staatswald und dem Körperschafts- und Privatwald zukünftig getrennt erfolgt. Die Mehrzahl der Kommunen hatte die Holzvermarktung auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Forstämter durchführen lassen. Die Änderung tritt zum 01.01.2019 in Kraft. Die bisherigen Geschäftsbesorgungsverträge wurden zu diesem Zeitpunkt gekündigt. Unter Beachtung der Vorgaben des Bundeskartellamtes sollen 5 kommunale Holzverkaufsorganisationen gebildet werden, die unabhängig voneinander agieren und flächendeckend über das Land verteilt sind.

Für die waldbesitzenden Ortsgemeinden treten durch die Neustrukturierung der Holzvermarktung keine grundlegenden Veränderungen ein. Alle Entscheidungsbefugnisse bzgl. der Waldbewirtschaftung liegen weiterhin beim jeweiligen Ortsgemeinderat. Der Brennholzverkauf an nicht-gewerbliche Endverbraucher gehört nicht zu den Aufgaben der kommunalen Holzverkaufsorganisation, sondern erfolgt unverändert vor Ort. Die waldbesitzende Gemeinde bestimmt Preise, Lose, Abgabehöchstmengen und die Abwicklung des Kaufvertrages. Die Brennholzbereitstellung und die Überwachung der Selbsterwerber zählt weiterhin zu den Aufgaben des Revierförsters.

Die Holzvermarktung für waldbesitzende Kommunen verursacht im bisherigen System Kosten, die über den Kommunalen Finanzausgleich an Landesforsten erstattet werden. Künftig ist mit Kosten in vergleichbarer Höhe zu rechnen, die im Sinne einer Anschubfinanzierung zu wesentlichen Teilen über Fördermittel abgedeckt werden. Die Förderung ist auf 7 Jahre begrenzt.

Die 5 kommunalen Holzverkaufsregionen sollen in der Rechtsform GmbH gebildet werden. Die Gesellschafter der GmbH sind kreisfreie Städte, große kreisangehörige Städte, verbandsfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden. Zu den Verwaltungsgeschäften, welche die Verbandsgemeinden gem. § 68 Abs. 1 und 5 GemO führt, zählt auch die Vermarktung des Holzes der Ortsgemeinden. Die Verbandsgemeinde tritt der GmbH zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bei.

Vom Gemeinde- und Städtebund wurde gebeten, dass der Grundsatzbeschluss der Arbeitsgruppe Pfalz bis zum 27.08.2018 vorgelegt wird. Es wurde eine Fristverlängerung bis zum 31.08.2018 beantragt.

Mit dem vorstehenden Beschlussvorschlag wird zunächst nur der Grundsatzbeschluss über die Absicht die Kommunale Holzverkaufs-GmbH gemeinsam mit den anderen Städten/Gemeinden in der Holzverkaufsregion zu errichten und sich daran zu beteiligen gefasst. Zur eigentlichen Entscheidung über die Gründung der KHVO wird eine weitere Beschlussvorlage nach dem Durchlaufen des ADD-Verfahrens für den Verbandsgemeinderat erstellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat den Grundsatzbeschluss zur Übertragung der Holzvermarktung aus dem Bereich der Verbandsgemeinde Eisenberg an die kommunale Holzverkaufsorganisation (KHVO) in der Region Pfalz mit Sitz in Maikammer zu fassen. Die Verbandsgemeinde wird zur Sicherstellung der Holzvermarktung die Kommunale Holzverkaufsgesellschaft Pfalz in der Rechtsform der GmbH gemeinsam mit den übrigen Städten, Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden für die Region Pfalz in der Rechtsform der GmbH errichten und sich als Gesellschafter an der neu zu gründenden Holzverkaufsorganisation beteiligen. Die Verwaltung wird beauftragt alle zur Gründung

erforderlichen Schritte gemäß § 92 GemO und die Vorlage der notwendigen Unterlagen an die ADD zu veranlassen.

Die Ortsgemeinden übertragen dabei die Zuständigkeit der Verbandsgemeinde. Der Beschluss wurde mit allen waldbesitzenden Gemeinden in der Verbandsgemeinde Eisenberg abgestimmt. Soweit die abschließende Beschlussfassung in den Gemeinderäten noch nicht erfolgt ist, wird der vorstehende Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeinden gefasst.

3	Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung a) Antrag auf Übertragung der Zuständigkeit der innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung b) Überörtliche Aufgabenwahrnehmung für die Kooperationsverbandsgemeinden c) Beschlussfassung über öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) und den Kooperationsverbandsgemeinden
----------	---

Im Dezember 2017 wurde durch den Verbandsgemeinderat der Grundsatzbeschluss zur Antragsstellung auf Übertragung der Zuständigkeit der innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung gefasst.

Voraussetzung für die Aufgabenübertragung und somit die entsprechende Änderung der Landesverordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts ist unter anderem eine Einwohnerzahl von mindestens 25.000.

Zur Erreichung dieser Mindesteinwohnerzahl ist geplant im Zuge einer Kooperation zwischen den Verbandsgemeinden Eisenberg, Göllheim und Winnweiler die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung durchzuführen. Die Einwohnerzahl aller drei Gebietskörperschaften liegt zusammen bei mehr als 38.000. Somit wäre dieses Kriterium erfüllt. Würde sich nur eine der beiden Verbandsgemeinden zur Teilnahme an diesem Projekt entschließen, kann der Antrag dennoch gestellt werden, da die erforderliche Einwohnerzahl auch mit nur einem Kooperationspartner erreicht wird.

Die Verbandsgemeindeverwaltung Eisenberg (Pfalz) hat sich bereit erklärt die Aufgaben der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung in überörtlicher Zuständigkeit durchzuführen.

Vorbehaltlich der Beschlüsse durch die Räte der Verbandsgemeinden Göllheim und Winnweiler, wird die Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) einen formlosen Antrag auf Übertragung der Zuständigkeit für die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung - auch in überörtlicher Aufgabenwahrnehmung für die Verbandsgemeinden Göllheim und Winnweiler - stellen.

Dieser Antrag wird über die Kreisverwaltung Donnersbergkreis der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier vorgelegt.

Die beteiligten Behörden geben zu dem geplanten Vorhaben Stellungnahmen ab, die sodann an das Ministerium des Innern und für Sport weitergeleitet werden.

Sollte der Antrag auf Zuständigkeitsübertragung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung positiv entschieden werden, wird die Anlage zur Zuständigkeitsverordnung geändert und entsprechend im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet.

Wie im Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages vorgesehen, stellt die Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) sowohl das erforderliche Personal als auch die notwendige technische Ausstattung aus eigenen Beständen sicher.

Die Personalauswahl und etwaige Qualifizierung obliegt der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz).

Die Mitarbeiter, die die Geschwindigkeitskontrollen durchführen, müssen die Ausbildung zum Hilfspolizeibeamten absolviert sowie bei der Landespolizeischule einen Lehrgang für die Durchführung der Geschwindigkeitsmessungen besucht haben.

Für die Überwachung des fließenden Verkehrs soll das Personal im Außendienst vorerst um 2,0 Stellen aufgestockt werden.

Für die Abwicklung des Innendienstes ist analog der geschätzten Fallzahlen eine Stelle mit einem Zeitanteil von 0,5 vorgesehen.

Die Zustimmung der Verbandsgemeinde Winnweiler ist sehr wahrscheinlich. Die Verbandsgemeinde Göllheim ist noch unschlüssig.

Gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Winnweiler wird die erforderliche Einwohnerzahl jedoch erreicht, sodass die Kooperation mit einer Verbandsgemeinde auch ausreichend wäre. Die Federführung wird dabei der VG Eisenberg übertragen.

Der Außendienst soll nach Stunden abgerechnet werden, der Innendienst fallpauschal.

Das Messgerät wird die Verbandsgemeinde Eisenberg selbst anschaffen. Die Bescheide sollen jedoch über das LDI verschickt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt den Verbandsgemeinderat mehrheitlich mit einer Gegenstimme die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- a) den Antrag auf Übertragung der Zuständigkeit der innerörtlichen Geschwindigkeitsüberwachung in Kooperation mit den Verbandsgemeinden Winnweiler und Göllheim, vorbehaltlich den Beschlussfassungen durch die jeweiligen Räte, zu stellen. Sollte nur eine Verbandsgemeinde den Beschluss zur Eingehung der Kooperation fassen, wird der Antrag entsprechend mit nur einem Vertragspartner gestellt.
- b) dass die Verbandsgemeindeverwaltung Eisenberg (Pfalz) die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung für die Kooperationsverbandsgemeinden in überörtlicher Zuständigkeit wahrnimmt,
- c) dem in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertragsentwurf – vorbehaltlich der Zuständigkeitsübertragung und der Vertragsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht – zuzustimmen.

4	Fenstererneuerung Grundschule Eisenberg
----------	--

Die Verbandsgemeinde Eisenberg als Schulträger beabsichtigt in naher Zukunft bedingt durch die Förderung nach KI 3.0 Kapitel 2 mit 90 % die über 25 Jahre alten Fenster in der Grundschule durch neue Fenster zu ersetzen. Zum einen sollen die neuen Fenster der Energieoptimierung und der besseren Handhabung, sowie der Denkmalpflege Rechnung tragen.

Das Gebäude wurde 1913 in Betrieb genommen und in der Zwischenzeit mehrfach renoviert und modernisiert ohne das ehrwürdige äußere Ansehen zu verändern.

Mitte der 80 er Jahre wurden erstmals Isolierglasfenster eingebaut.

Diese bestehen aus dunkelbraun eloxiertem Aluminium mit Zweischeibenisolierversglasung und besitzen bestenfalls einen U-Wert von 2,7 W/(m²K). Die neuen Fenster sollen mit Drei-

scheibenisolierverglasung und einem U-Wert von $< 1,1 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$ ausgeführt werden. Aus bauphysikalischen Gründen eventuell auch nur als Zweischeibenisolierverglasung mit einem U-Wert von $1,1 \text{ W}/(\text{m}^2\text{K})$. Abgesehen von dem schlechten U-Wert der Bestandsfenster wurden beim letzten Fensterwechsel die recht hohen Fensteröffnungen mit nur zweiflügligen Fenstern bestückt.

Das führt dazu, dass bei den Fenstern von teilweise 2,35 m Höhe die Flügel sehr schwer sind und sich kaum vom Personal aus gekipptem Zustand wieder schließen lassen. Auch ist bei manchen Fenstern auf der Westseite der Verschlussmechanismus nicht mehr so ganz intakt, was sich bei starken Westwinden durch selbständiges Öffnen der Fenster zeigt.

In der Isolierverglasung befinden sich die Sprossen. Diese werden vom Denkmalschutz in dieser Form nicht mehr akzeptiert. Gemäß den Anforderungen an den Fenstererhalt und an den Fensteraustausch im Rahmen des Denkmalschutzes sind neue Holzfenster einzubauen die den alten Ansichten entsprechen.

Wahrscheinlich kommt ein sechsflügeliges Fenster mit Kämpfer zum Einsatz.

Die Kostenschätzung beläuft sich einschließlich Nebenkosten auf rund brutto **538.600 €**, welche auch bei KI 3.0 angemeldet wurden.

Vom Ing.Büro ER+R wurde eine Honorarofferte für die Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung angefordert.

Bei Honorarzone 3, reduzierten Grundleistungen mit 69%, kein Umbauschlag, 5% Nebenkosten ergibt dies ein Bruttohonorar von 40.645,00 €.

Das Angebot entspricht der HOAI, ist angemessen und kann zur Beauftragung empfohlen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist sich einig, dass Holzfenster, wie von der Denkmalschutzbehörde gefordert, nicht realistisch sind. Gegen den kommenden Bescheid soll daher geklagt werden, sodass Aluminiumfenster mit innenliegenden oder abnehmbaren Sprossen eingebaut werden sollen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Verbandsgemeinderat einstimmig den Planungsauftrag an das Ing. Büro ER+R zu vergeben.

5	Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) a. Beschluss über die im Offenlegungsverfahren eingegangenen Anregungen b. Beschluss des Planentwurfes als edngültige Fassung (Feststellungsbeschluss) c. Auftrag an Verwaltung zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens
----------	--

In der Ratssitzung am 01.02.2017 hat der Verbandsgemeinderat Eisenberg (Pfalz) über die im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes eingegangenen Anregungen beraten und beschlossen. Der Verbandsgemeinderat folgte bei der Beschlussfassung den vorab durch die jeweiligen Gemeinden beschlossenen Empfehlungen. Die Gemeinden hatten hierbei ihre planerischen Entwicklungsvorstellungen eingebracht. Nach Einarbeitung der redaktionellen und inhaltlichen Änderungen in den Planentwurf, wurde in der Zeit vom 16. November 2017 bis 29. Dezember 2017 das Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurden von verschiedenen Trägern öffentlicher Belange sowie von einem Bürger Anregungen vorgetragen. Die Anregungen sind mit der von der Verwaltung und dem beauftragten Büro erstellten Beschlussempfehlung als Anlage beigefügt. Es ergeben sich keine Änderungen gegenüber der bisher vorliegenden Entwurfsplanung.

Nach dem Beschluss über die eingegangenen Anregungen kann die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes als endgültige Fassung (Feststellungsbeschluss) beschlossen werden. Nach § 67 Abs. 2 GemO bedarf die Entscheidung über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung des Flächennutzungsplanes der Zustimmung durch die Ortsgemeinden. Die Zustimmung der Ortsgemeinden wurde vorab eingeholt. Über das Ergebnis wird in der Ratssitzung informiert.

Nach § 6 Abs. 1 BauGB bedarf der Flächennutzungsplan der Genehmigung durch die Untere Landesplanungsbehörde der Kreisverwaltung Donnersbergkreis. Das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens ist ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung wird der Flächennutzungsplan rechtskräftig.

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Bau- und Umweltausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg empfehlen dem Verbandsgemeinderat jeweils einstimmig die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- a. Zu den im Offenlegungsverfahren eingegangenen Anregungen wird gemäß der Beschlussvorlage entschieden
- b. Die im Offenlegungsverfahren bekannt gemacht und den Ratsmitgliedern vorgestellte Fassung zur Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes wird als endgültige Fassung beschlossen. Die Zustimmung der Ortsgemeinden nach § 67 Abs. 2 GemO liegt vor.
- c. Die Verwaltung wird beauftragt das Genehmigungsverfahren nach § 6 BauGB durchzuführen.

6	3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes (ROP) IV Westpfalz Anhörung der Gemeinden
----------	--

Mit Wirksamwerden der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) IV Rheinland-Pfalz am 21.07.2017 sind die Regionalen Raumordnungspläne innerhalb von 3 Jahren anzupassen.

Die Landesregierung hat bei der Änderung des LEP im Abschnitt 5.2 „Energieversorgung“ Änderungen vorgenommen und einzelne Festlegungen zur Errichtung von Windenergieanlagen neu gefasst. Es sind weiterhin in den Regionalplänen Vorranggebiete für die Windenergienutzung auszuweisen und dabei Gebiete mit hoher Windhöflichkeit vorrangig zu sichern. Dabei soll auf regionaler Ebene sowohl die Flächensicherung bei effektiver Energieausbeute bei gleichzeitiger Konzentration von Anlagen an geeigneten Standorten sichergestellt werden. Zugleich wird auf diesem Wege der Schutz des Landschaftsbildes gewährleistet.

Die wichtigsten Änderungen für die Region Westpfalz sind

- Landesweite Ausweisung auch von 2 Prozent der Waldfläche für die Windenergienutzung, wobei die Regionen entsprechend ihrer natürlichen Voraussetzungen einen anteiligen Beitrag leisten.
- Die Windenergienutzung wird im Naturpark Pfälzerwald ausgeschlossen. Ebenso ist die Windenergienutzung in zusammenhängenden Laubholzgebieten mit einem Alter von über 120 Jahren und in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen.
- Errichtung einzelner Windenergieanlagen (WEA) nur an Standorten, an denen der Bau von mind. 3 Anlagen planungsrechtlich möglich ist.
- Der Mindestabstand von WEA zu Wohn- und Mischgebieten beträgt mindestens 1.000m. (bisher 800 m) Bei Anlagen mit Gesamthöhen von über 200 m mind. 1.100 m (bisher 800 m)
- Die ausgewiesenen Vorrangflächen müssen eine Mindestgröße von 15 ha aufweisen.

In der bisher gültigen Fassung des ROP war eine Vorrangfläche mit einer Größe von 2.163 ha für WEA ausgewiesen. Durch die vorstehenden Änderungen verringert sich die Vorrangfläche auf 1.449 ha.

Die Verbandsgemeinden und Gemeinden können bis zum 27.08.2018 eine Stellungnahme zu der geplanten 3. Teilfortschreibung des ROP abgeben. Die vollständige digitale Fassung des Entwurfs kann unter www.westpfalz.de heruntergeladen werden.

Nach Auffassung der Verwaltung ergeben sich aus dem vorgelegten Entwurfsplan keine negativen Auswirkungen für die Gemeinden der Verbandsgemeinde Eisenberg. Zu der vorangegangenen Änderung des LEP wurden keine Bedenken vorgetragen.

Der Bau- und Umweltausschuss sowie der Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg empfiehlt dem Verbandsgemeinderat einstimmig den Beschluss über die 3. Teilfortschreibung des ROP zu fassen.

7	Auftragsvergabe Kanalsanierung Bürgermeister-Diehl-Straße, Eisenberg
----------	---

Im März 2017 wurden im Werksausschuss die noch ausstehenden Sanierungsstrecken gemäß Generalentwässerungsplan (GEP) 2002 vorgestellt.

Eine dieser Sanierungsstrecken befindet sich in der Gutenbergstraße in Eisenberg. Hier gibt der GEP vor, den zu klein dimensionierten Kanal in der Gutenbergstraße von der Dimension DN 300 auf DN 400 auf einer Länge von 326 m zu vergrößern.

Die Kreuzung Bürgermeister-Diehl-Straße/Gutenbergstraße ist uns bereits vom letzten Starkregenereignis 2014 als neuralgischer Punkt bekannt. Ebenfalls klagen auch die Anwohner in der unteren Gutenbergstraße über Kellerüberflutungen, was aber primär an fehlenden Rückstausicherungen liegt.

Alternativ wurde zwischenzeitlich die Möglichkeit untersucht, das Wasser an der Kreuzung Bürgermeister-Diehl-Straße/Gutenbergstraße abzufangen und durch die Bürgermeister-Diehl-Straße nach Norden in die Pestalozzistraße zu leiten. Der vorhandene Kanal DN 600 im Zwischenstück Bürgermeister-Diehl-Straße zur Pestalozzistraße ist dafür zu klein.

Eine Kanalnetzsimulation ergab, dass mit einem DN 1000 das optimale Ergebnis erreicht werde. Hierbei könne sogar der Abfluss in die untere Gutenbergstraße auf DN 250 gedrosselt werden, was der Rückstausicherheit der Anlieger ebenfalls zu Gute käme.

Auch entfällt die gesamte Problematik mit einer Baumaßnahme vor dem Städtischen Kindergarten.

Diesbezüglich wurde die Maßnahme im Juni öffentlich ausgeschrieben und am 03.08.2018 submittiert.

Von den 13 angeforderten Angebotsunterlagen gaben 10 Firmen ein Angebot ab.

Die fachtechnische und rechnerische Prüfung durch das Ing.-Büro KUG ergab folgende Bietreihenfolge.

1. Tas und Balci Straßenbau GmbH, Kirchheimbolanden	384.344,96 €
2.	396.438,52 €
3.	421.636,33 €
4.	455.334,82 €
5.	464.843,96 €

6.	470.119,02 €
7.	498.916,04 €
8.	503.795,63 €
9.	517.335,63 €
10.	544.436,82 €

Das Angebot der Fa. Tas und Balci Straßenbau GmbH ist wirtschaftlich und auskömmlich kalkuliert und kann zur Beauftragung empfohlen werden.

Der Baubeginn ist voraussichtlich Mitte Oktober.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde Eisenberg empfiehlt dem Verbandsgemeinderat einstimmig dem günstigsten Anbieter, der Fa. Tas und Balci Straßenbau GmbH aus Kirchheimbolanden den Auftrag für die Kanalsanierung zu erteilen.

8	Verschiedenes
----------	----------------------

a) Grundschule Kerzenheim:

Die Sanierung der Grundschule Kerzenheim befindet sich im 2. Bauabschnitt. Der 3. Bauabschnitt umfasst Arbeiten am Dach. Dies soll nächstes Jahr in den Sommerferien geschehen.

b) Feuerwehrgerätehaus Kerzenheim:

Hier sind noch 2 Nachtragsangebote eingegangen. Für die Abgasabsaugung und die Abhängung der Decke fallen etwa 18.000 € an.

c) Kunstrasenplatz im Waldstadion:

Der hintere kleine Platz neben dem Kunstrasen soll verlängert werden, damit er als Jugendspielfeld genutzt werden kann. Die Maßnahme wurde bereits beim Sportstättenbeirat angemeldet.

d) Fertiggaragen im Waldstadion:

Zur Unterbringung der Leichtathletikmatten wurde angedacht einen Schiffscontainer anzuschaffen. Stattdessen sollen nun Fertiggaragen gekauft werden. Wo diese ausgestellt werden, ist jedoch noch unklar. Finanziert wird die Maßnahme über die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmittel der Absturzstelle Walzwerk, da diese Maßnahme dieses Jahr nicht begonnen wird.

e) Schwimmbadfest:

Das diesjährige Schwimmbadfest besuchten etwa 3.000 Leute. Dieses Jahr besuchten bisher 82.000 Leute das Schwimmbad in Eisenberg. Der Verlust werde dadurch jedoch nicht geringer.

Schriftführerin:

Eisenbarth
Verwaltungsfachangestellte

Vorsitzender:

Bernd Frey
Bürgermeister